

Regulierungskammer Rheinland-Pfalz
Kaiser-Friedrich-Str. 1 | 55116 Mainz

Kaiser-Friedrich-Straße 1
55116 Mainz
Telefon 06131 16-2254
Telefax 06131 16-172254
info@regulierungskammer.rlp.de
www.regulierungskammer.rlp.de

NB

Mein Geschäftszeichen Ihr Schreiben vom **Ansprechpartner/-in / E-Mail**
«Az» Andreas Krüger
Andreas.Krueger@regulierungskammer.rlp.de
Bitte immer angeben!

Telefon / Fax **XX.XX.XXXX**
06131 16-2254
06131 16-172254

**Festlegung der Erlösobergrenzen Strom nach § 29 Abs. 1
Energiewirtschaftsgesetz (EnWG) i.V.m. § 32 Abs. 1 Nr. 1
Anreizregulierungsverordnung (ARegV)**

Beschluss

In dem Verwaltungsverfahren nach § 29 Abs. 1 EnWG i.V.m. § 32 Abs. 1 Nr. 1, § 4
Abs. 1 und 2 ARegV

wegen: **Bestimmung der Erlösobergrenzen**

hat die Regulierungskammer Rheinland-Pfalz

durch den Vorsitzenden Andreas Krüger
durch den Beisitzer/die Beisitzerin
und den Beisitzer/die Beisitzerin

am XX.XX.XXXX beschlossen:

Die kalenderjährlichen Erlösobergrenzen des Stromverteilernetzbetreibers für den
Zeitraum der zweiten Regulierungsperiode werden wie folgt festgelegt:

EOG 2014	EOG 2015	EOG 2016	EOG 2017	EOG 2018

Gründe

I.

Die Landesregulierungsbehörde Energie des Landes Rheinland-Pfalz (LRB) hatte am 04. Juni 2012 von Amts wegen ein Verfahren zur Bestimmung der Erlösobergrenzen nach § 4 Abs. 1 und 2 ARegV i.V.m. § 21a Abs. 2 S. 1 EnWG eingeleitet.

Die Teilnahme des Netzbetreibers am vereinfachten Verfahren nach § 24 ARegV wurde von der LRB am XX.XX.2013 genehmigt.

Zum Zwecke der Bestimmung der kalenderjährlichen Erlösobergrenzen des Netzbetreibers hat die LRB gemäß § 6 Abs. 1 ARegV eine Kostenprüfung zur Ermittlung des Ausgangsniveaus durchgeführt. Die von der LRB ermittelten Gesamtkosten wurden dem Netzbetreiber mitgeteilt, ihm wurde Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben.

Ebenso wurde dem Netzbetreiber Gelegenheit zur Stellungnahme zur Festlegung der Erlösobergrenzen nach § 67 EnWG gegeben.

II.

1 Zuständigkeit

Die Regulierungskammer Rheinland-Pfalz ist gemäß § 54 Abs. 2 S. 1 Nr. 2 EnWG i.V.m. § 1 des Landesgesetzes zur Einrichtung einer Regulierungskammer Rheinland-Pfalz die zuständige Regulierungsbehörde.

2 Ermächtigungsgrundlage

Die Regulierungsbehörde bestimmt die Obergrenzen der zulässigen Gesamterlöse eines Netzbetreibers aus den Netzentgelten (Erlösobergrenze) gemäß § 4 Abs. 1 ARegV nach Maßgabe der §§ 5 bis 16, 19, 22 und 24 ARegV. Die Bestimmung der kalenderjährlichen Erlösobergrenzen erfolgt durch Festlegung nach § 29 Abs. 1 EnWG i.V.m. § 32 Abs. 1 Nr. 1 ARegV.

3 Regulierungsformel

Zum 01.01.2014 (vgl. §§ 1 und 3 Abs. 1 S. 2 ARegV) werden die Erlösobergrenzen für die Dauer der zweiten Regulierungsperiode nach Maßgabe der §§ 5 bis 16, 19, 22 und 24 ARegV bestimmt (§ 4 Abs. 1 und 2 ARegV). Die zweite Regulierungsperiode der Anreizregulierung dauert fünf Jahre (§ 3 Abs. 2 ARegV). Die Regulierungskammer Rheinland-Pfalz bestimmt die Erlösobergrenze für jedes Kalenderjahr der gesamten Regulierungsperiode (§ 4 Abs. 2 S. 1 ARegV).

Die festgelegten kalenderjährlichen Erlösobergrenzen des Netzbetreibers in der zweiten Regulierungsperiode der Anreizregulierung ergeben sich aus dem Tenor dieser Festlegung und aus Anlage A (Tabellenblatt: EO 2. Periode, Zeile 62).

Die Bestimmung der kalenderjährlichen Erlösobergrenzen des Netzbetreibers erfolgt gemäß § 7 ARegV in Anwendung der in Anlage 1 zu § 7 ARegV enthaltenen Regulierungsformel.

$$EO_t = KA_{dnb,t} + (KA_{vnb,0} + (1 - V_t) \cdot KA_{b,0}) \cdot \left(\frac{VPI_t}{VPI_0} - PF_t \right) \cdot EF_t + Q_t + (VK_t - VK_0) + S_t$$

Ein wesentliches Element zur Bestimmung der kalenderjährlichen Erlösobergrenzen ist, neben der um den sektoralen Produktivitätsfortschritt (PF_t) bereinigten allgemeinen Geldwertentwicklung (VPI) nach §§ 8 und 9 ARegV und dem Erweiterungsfaktor (EF_t) nach § 10 ARegV, die durch den Verteilungsfaktor (V_t) gleichmäßig abzubauen individuelle monetär bewertete Ineffizienz des Netzbetreibers, deren Abbau nach der

zweiten Regulierungsperiode abgeschlossen sein soll (§ 16 Abs. 1 S. 2 ARegV). Die monetär bewertete Ineffizienz eines Netzbetreibers ermittelt sich aus der Differenz der Gesamtkosten (§ 6 ARegV) nach Abzug der dauerhaft nicht beeinflussbaren Kostenanteile im Sinne des § 11 Abs. 2 ARegV ($KA_{dnb,t}$) und den mit dem Effizienzwert im Sinne des § 15 Abs. 3 S. 1 ARegV multiplizierten Gesamtkosten nach Abzug der dauerhaft nicht beeinflussbaren Kosten (§ 15 Abs. 3 S. 2 ARegV).

4 Effizienzwert nach § 24 Abs. 2 S. 1 ARegV

Der Effizienzwert ergibt sich für Netzbetreiber, die eine Genehmigung zur Teilnahme am vereinfachten Verfahren nach § 24 ARegV erhalten haben, in der zweiten Regulierungsperiode aus § 24 Abs. 2 S. 2 ARegV. Danach wird ab der zweiten Regulierungsperiode der im vereinfachten Verfahren anzusetzende Effizienzwert als gewichteter durchschnittlicher Wert aller in dem bundesweiten Effizienzvergleich nach den §§ 12 bis 14 ARegV für die vorangegangene Regulierungsperiode ermittelten und nach § 15 Abs. 1 bereinigten Effizienzwerte (gemittelter Effizienzwert) gebildet.

Die bereinigten Effizienzwerte und weitere Daten, die zur Gewichtung der bereinigten Effizienzwerte herangezogen werden (z.B. Kosten- oder Strukturdaten), sind den bestandskräftigen Bescheiden zu entnehmen. Die Verwendung der bereinigten Effizienzwerte nach § 15 Abs. 1 ARegV zur Bildung des gemittelten Effizienzwerts führt dazu, dass – sofern relevant – die Mindesteffizienz von 60% in die Berechnung einfließt.

Für die Bereiche Strom und Gas wurde jeweils ein gesonderter gemittelter Effizienzwert gebildet. Eine getrennte Berechnung für Strom und Gas verhindert, dass der gemittelte Effizienzwert der Stromnetzbetreiber höher ins Gewicht fällt als derjenige für Gasnetzbetreiber und trägt den Besonderheiten der Effizienzvergleiche für Strom- und Gasnetze Rechnung.

Die Begründung zum Verordnungstext (BR-Drs. 417/07, S.69) nennt als mögliche Gewichtungsmerkmale Mengen, Erlöse, die Zahl der Zählpunkte oder Kunden. Als Gewichtungsmerkmal hat die Bundesnetzagentur, die den gemittelten Effizienzwert bundesweit ermittelt hat, die Aufwandsparemeter (mit nicht standardisierten

Kapitalkosten) des Netzbetreibers (Gesamtkosten abzüglich der dauerhaft nicht beeinflussbaren Kostenanteile) herangezogen. Durch dieses Gewichtungsmerkmal fließen indirekt sämtliche Strukturparameter ein, welche die Höhe des Effizienzwertes beeinflussen.

Der Effizienzwert des Netzbetreibers beträgt in der zweiten Regulierungsperiode

96,14 Prozent.

Die Bundesnetzagentur hat diesen normierten Effizienzwert gem. § 24 Abs. 2 Satz 1 ARegV ermittelt und am 08.12.2010 veröffentlicht. Dieser Wert wird von der Regulierungskammer Rheinland-Pfalz verwendet (vgl. Schreiben der LRB vom 16.05.2012 und § 24 Abs. 2 Sätze 2, 4 und 5 ARegV).

5 Ermittlung der Erlösobergrenzen des Netzbetreibers

Zur Bestimmung der Erlösobergrenzen ist in einem ersten Schritt das Ausgangsniveau gemäß § 6 ARegV zu bestimmen. Daraufhin sind dann die dauerhaft nicht beeinflussbaren Kosten ($K_{dnb,t}$), die vorübergehend nicht beeinflussbaren Kosten ($KA_{vnb,0}$) und die beeinflussbaren Kosten ($KA_{b,0}$) zu ermitteln. Zur Gewährleistung des gleichmäßigen Abbaus der beeinflussbaren Kosten ist sodann der Verteilungsfaktor gemäß § 16 Abs. 1 i.V.m. § 24 Abs. 2 S. 1 ARegV zu ermitteln.

Darüber hinaus sind dann die weiteren Bestandteile der Formel zu ermitteln: der Wert für die um den sektoralen Produktivitätsfortschritt (PF_t) bereinigte allgemeine Geldwertentwicklung (VPI) nach §§ 8 und 9 ARegV, der Erweiterungsfaktor (EF_t) nach § 10 ARegV, das Qualitätselement (Q_t) nach § 18 ff. ARegV, die Veränderung der volatilen Kostenanteile nach § 11 Abs. 5 ARegV und der Ausgleich des Saldos des Regulierungskontos nach § 5 Abs. 4 ARegV.

Eine Darstellung der in der Regulierungsformel verwendeten Werte und des Erlöspfades des Netzbetreibers findet sich in Anlage A (Tabellenblatt: EO 2. Periode).

5.1 Bestimmung des Ausgangsniveaus zur Ermittlung der Erlösobergrenzen

Die Bestimmung des Ausgangsniveaus zur Ermittlung der Erlösobergrenzen erfolgt auf Grundlage des § 6 ARegV. Als Basisjahr der zweiten Regulierungsperiode gilt 2011 (§ 6 Abs. 1 S. 4 ARegV). Die LRB hat auf Basis der vom Netzbetreiber vorgelegten Kostendaten, des Berichts nach § 6 Abs. 1 S. 2 ARegV i.V.m. § 28 der Stromnetzentgeltverordnung (StromNEV) und der vorliegenden Nachweise das Ausgangsniveau gemäß § 6 Abs. 1 ARegV ermittelt.

Die LRB hat das Ausgangsniveau beim Netzbetreiber angehört.

Die Ausführungen des Netzbetreibers im Rahmen der Anhörung wurden von der Regulierungskammer Rheinland-Pfalz bei der endgültigen Bestimmung des Ausgangsniveaus berücksichtigt. Sofern keine oder keine überzeugenden Argumente vorgetragen wurden, ist die Regulierungskammer Rheinland-Pfalz nicht von ihrer bisherigen Sichtweise abgewichen. Diese von den Angaben des Netzbetreibers abweichenden Positionen sind in Anlage 1 inklusive Begründung aufgeführt.

Gegenüber der Anhörung des Ausgangsniveaus hat die Regulierungskammer Rheinland-Pfalz eine Neuberechnung der Eigenkapitalverzinsung nach § 7 Abs. 7 StromNEV vorgenommen (vgl. Anlage I). Soweit die Regulierungskammer Rheinland-Pfalz darüber hinaus Änderungen gegenüber der Anhörung des Ausgangsniveaus vorgenommen hat, können diese ebenfalls Anlage I entnommen werden.

Unter Berücksichtigung der vom Netzbetreiber vorgetragenen und aus Sicht der Regulierungskammer Rheinland-Pfalz berücksichtigungsfähigen Sachverhalte betragen die berücksichtigungsfähigen Netzkosten gem. § 6 Abs. 1 S. 1 ARegV i.V.m. Teil 2 Abschnitt 1 der StromNEV

X.XXX €.

Dieses Ausgangsniveau wird der Ermittlung der kalenderjährlichen Erlösobergrenzen für die zweite Regulierungsperiode (2014 bis 2018) zu Grunde gelegt.

Die Ermittlung der gem. § 6 Abs. 1 S. 1 ARegV i.V.m. §§ 4 bis 10 StromNEV berücksichtigungsfähigen Netzkosten wird in den diesem Schreiben beigelegten Anlagen ausführlich beschrieben und beispielhaft erläutert. Die Anlagen sind Bestandteil dieser Festlegung.

In Anlage I (NB) zu diesem Schreiben werden die Kostenansätze der Regulierungskammer Rheinland-Pfalz, wie sie sich aus den Anlagen zur Ermittlung des Ausgangsniveaus ergeben, begründet und deren Berechnung im Einzelnen dargestellt.

- Die von dem Netzbetreiber vorgelegten Kostenansätze werden in Anlage B, Tabellenblatt B. BAB den anerkennungsfähigen Kosten gegenübergestellt.
- Anlage B, Tabellenblatt B1. Kalk. EK kann der Netzbetreiber die Ermittlung des betriebsnotwendigen Vermögens gemäß § 6 StromNEV und des betriebsnotwendigen Eigenkapitals gemäß § 6 StromNEV entnehmen.
- In Anlage B, Tabellenblatt B1. Kalk. EK Verzinsung findet der Netzbetreiber die Berechnung der kalkulatorischen Eigenkapitalverzinsung gemäß § 7 StromNEV.
- In Anlage B, Tabellenblatt B2 Kalk. AfA und RBW sind die von der Regulierungskammer Rheinland-Pfalz ermittelten kalkulatorischen Abschreibungen des Sachanlagevermögens und die kalkulatorischen Restwerte des Sachanlagevermögens aufgeführt.
- Anlage B, Tabellenblatt B3. Gewerbesteuer enthält die Berechnung der kalkulatorischen Gewerbesteuer nach § 8 StromNEV.
- Anlage B, Tabellenblatt B4. KA (dnb) enthält die dauerhaft nicht beeinflussbaren Kostenanteile.
- Anlage B, Tabellenblatt B5. Verlustenergie enthält Daten zur Ermittlung des volatilen Kostenanteils in der zweiten Regulierungsperiode entsprechend der Festlegung der LRB vom 17.07.2013, insb. die ansatzfähigen Verlustenergiemengen.

5.2 Ermittlung der dauerhaft nicht beeinflussbaren Kosten

Im vereinfachten Verfahren gelten gemäß § 24 Abs. 2 S. 3 ARegV 45 Prozent der nach § 14 Abs. 1 Nr. 1 ARegV ermittelten Gesamtkosten als dauerhaft nicht beeinflussbare Kostenanteile nach § 11 Abs. 2 ARegV. Bei der Ermittlung der Gesamtkosten bleibt gemäß § 24 Abs. 2 S. 4 ARegV die Konzessionsabgabe unberücksichtigt.

Auch im vereinfachten Verfahren sind die Kosten für die erforderliche Inanspruchnahme vorgelagerter Netzebenen gemäß § 24 Abs. 3 S. 1 i.V.m. § 11 Abs. 2 Nr. 4 ARegV dauerhaft nicht beeinflussbare Kosten, die nach § 4 Abs. 3 S. 1 Nr. 2 ARegV jeweils zum 1. Januar eines Kalenderjahres anzupassen sind. Gemäß § 34 Abs. 4 S. 2 ARegV ist § 4 Abs. 3 S. 3 ARegV nur in der ersten Regulierungsperiode anzuwenden.

Die Höhe der dauerhaft nicht beeinflussbaren Kosten ist Anlage A, Tabellenblatt: EO 2. Periode, dort unter Punkt 2.2 (Zeile 24) zu entnehmen.

5.3 Ermittlung der vorübergehend nicht beeinflussbaren Kosten

Als vorübergehend nicht beeinflussbare Kostenanteile gelten gemäß § 11 Abs. 3 S. 1 ARegV die mit dem Effizienzwert multiplizierten Gesamtkosten nach Abzug der dauerhaft nicht beeinflussbaren Kostenanteile. In diesen sind gemäß § 11 Abs. 3 S. 2 ARegV die auf nicht zurechenbaren strukturellen Unterschieden der Versorgungsgebiete beruhenden Kostenanteile enthalten.

Die Höhe der vorübergehend nicht beeinflussbaren Kosten ist Anlage A, Tabellenblatt: EO 2. Periode, dort unter Punkt 2.3 (Zeile 27) zu entnehmen.

5.4 Beeinflussbare Kosten

Als beeinflussbare Kostenanteile gelten gemäß § 11 Abs. 4 ARegV alle Kostenanteile, die nicht dauerhafte oder vorübergehend nicht beeinflussbare Kostenanteile sind.

Die Höhe der beeinflussbaren Kosten ist Anlage A, Tabellenblatt: EO 2. Periode, dort unter Punkt 2.3 (Zeile 30) zu entnehmen.

5.5 Verteilungsfaktor

Die Festlegung der Erlösobergrenze durch die Regulierungsbehörde hat gemäß § 16 Abs. 1 S. 1 ARegV so zu erfolgen, dass die nach § 24 Abs. 2 S. 1 ARegV ermittelten Ineffizienzen unter Anwendung eines Verteilungsfaktors rechnerisch innerhalb einer oder mehrerer Regulierungsperioden gleichmäßig abgebaut werden (individuelle Effizienzvorgabe).

Für die erste Regulierungsperiode wurde die individuelle Effizienzvorgabe gemäß § 16 Abs. 1 S. 2 ARegV dahingehend bestimmt, dass der Abbau der ermittelten Ineffizienzen nach zwei Regulierungsperioden abgeschlossen sein sollte. Eine Regulierungsperiode dauert gemäß § 3 Abs. 2 ARegV fünf Jahre. Somit hat der Abbau der ermittelten Ineffizienzen in der ersten Regulierungsperiode rechnerisch innerhalb von zehn Jahren zu geschehen. Daraus ergab sich ein Verteilungsfaktor (V_t) von $0,1 * t$.

Nach § 16 Abs. 1 S. 3 ARegV wird für die auf die erste Regulierungsperiode folgenden Regulierungsperioden der Verteilungsfaktor (V_t) so gewählt, dass der Abbau der ermittelten Ineffizienzen jeweils zum Ende der Regulierungsperiode abgeschlossen ist. Bei einer Dauer der Regulierungsperiode von 5 Jahren ergibt sich somit ein Verteilungsfaktor (V_t) von $0,2 * t$.

Die Höhe des Verteilungsfaktors ist Anlage A, Tabellenblatt: EO 2. Periode, dort unter Punkt 2.3 (Zeile 29) zu entnehmen.

5.6 Verbraucherpreisgesamtindex

Gemäß § 8 ARegV ergibt sich der Wert für die allgemeine Geldwertentwicklung aus dem durch das Statistische Bundesamt veröffentlichten Verbraucherpreisgesamtindex

(VPI). Für die Bestimmung der Erlösobergrenze nach § 4 Abs. 1 ARegV wird der Verbraucherpreisgesamtindex des vorletzten Kalenderjahres vor dem Jahr, für das die Erlösobergrenze gilt, verwendet. Dieser wird ins Verhältnis gesetzt zum Verbraucherpreisgesamtindex für das Basisjahr.

Das Basisjahr ist gemäß § 6 Abs. 1 S. 4 ARegV das Jahr 2011. Gemäß Statistischem Bundesamt beträgt der VPI für das Jahr 2011 102,1 und der VPI für das Jahr 2012 104,10, wobei der Wert des Jahres 2010 auf 100 normiert ist (siehe: https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesamtwirtschaftUmwelt/Preise/Verbraucherpreisindizes/Tabellen/VerbraucherpreiseKategorien.html?cms_gtp=145110_slot%253D2&https=1). Entsprechend dem Term VPI_t / VPI_0 der in Anlage 1 zu § 7 aufgeführten Regulierungsformel ergibt das Verhältnis des VPI für das Jahr 2012 zum VPI für das Jahr 2011 für das erste Jahr der zweiten Regulierungsperiode (2014) einen Inflationierungsfaktor in Höhe von 1,0196. Die Inflationsrate für das Jahr 2012 – d. h. die relative prozentuale Änderung des VPI 2012 gegenüber dem VPI des Basisjahres 2011 – beträgt damit 1,96 %.

In Ermangelung eines zum Zeitpunkt der Erstellung der Festlegung in der zweiten Hälfte des Jahres 2013 vom Statistischen Bundesamt veröffentlichten VPI für die Jahre 2013 ff. war für die Festlegung der kalenderjährlichen Erlösobergrenzen der zweiten Regulierungsperiode eine Prognose des jeweiligen VPI für die Jahre 2015 bis 2018 notwendig. Für die Prognose des VPI wurde angenommen, dass sich der VPI gegenüber dem Vorjahr jährlich um die Inflationsrate des Jahres 2012 in Höhe von 1,96% erhöht (siehe Anlage A, Tabellenblatt: EO 2. Periode, Punkt 2.4, Zeilen 41 und 43).

Es erfolgt gemäß § 4 Abs. 3 S. 1 Nr. 1 ARegV jeweils zum 01. Januar eines Kalenderjahres eine jährliche Anpassung des VPI durch den Netzbetreiber. Die tatsächlichen Erlösobergrenzen in den Jahren 2015 bis 2018 können daher auch aus diesem Grund von den in den Anlagen genannten Werten abweichen.

5.7 Produktivitätsfaktor

Internationale Erfahrungen mit Anreizregulierungssystemen zeigen, dass in

monopolistisch strukturierten Wirtschaftsbereichen wie den Strom- und Gasnetzen bei der Simulation von Wettbewerb durch Einführung einer Anreizregulierung höhere Produktivitätssteigerungen zu realisieren sind als in wettbewerblich organisierten Märkten. In funktionsfähigen Wettbewerbsmärkten zwingen die Marktkräfte die Marktteilnehmer dazu, Produktivitätsfortschritte zu realisieren und die daraus resultierenden Zugewinne in Form niedrigerer Preise an die Kunden weiterzugeben. Im Rahmen der Anreizregulierung der Strom- und Gasnetze ist bei der Bestimmung der Erlösobergrenzen nicht nur zu berücksichtigen, wie ein Netzbetreiber seine individuelle Effizienz gegenüber anderen Netzbetreibern verbessern kann (individuelle Effizienzvorgabe), sondern auch, wie sich die Produktivität der gesamten Branche abweichend von der Gesamtwirtschaft entwickelt. Dies erfolgt durch den generellen sektoralen Produktivitätsfaktor.

Gemäß § 9 Abs. 1 ARegV wird der generelle sektorale Produktivitätsfaktor aus der Abweichung des netzwirtschaftlichen Produktivitätsfortschritts vom gesamtwirtschaftlichen Produktivitätsfortschritt und der gesamtwirtschaftlichen Einstandspreisentwicklung von der netzwirtschaftlichen Einstandspreisentwicklung ermittelt.

In der zweiten Regulierungsperiode beträgt der generelle sektorale Produktivitätsfaktor für Strom- und Gasnetzbetreiber jährlich 1,5 Prozent (§ 9 Abs. 2 ARegV). Dies bedeutet, dass jeder Netzbetreiber über die individuelle Effizienzgrenze hinaus seine Kosten (mit Ausnahme der dauerhaft nicht beeinflussbaren Kosten) bezogen auf das Vorjahr um weitere 1,5% abbauen muss.

Nach § 9 Abs. 2 ARegV erfolgt die Einbeziehung des generellen sektoralen Produktivitätsfaktors in die Erlösobergrenzen durch Potenzierung der Werte nach den Absätzen 2 und 3 mit dem jeweiligen Jahr der Regulierungsperiode. Die Veränderungen des generellen sektoralen Produktivitätsfaktors für das Jahr t (PF_t) der jeweiligen Regulierungsperiode im Verhältnis zum ersten Jahr der Regulierungsperiode ergeben sich demgemäß mittels der folgenden Formel:

$PF_t = (1 + 0,015)^t - 1$ (siehe dazu Anlage A, Tabellenblatt: EO 2. Periode, Punkt 2.4, Zeile 43).

Der mit dem Zweiten Gesetz zur Neuregelung energiewirtschaftsrechtlicher

Vorschriften vom 22.12.2011 (BGBl. I S. 3034) neu erlassene § 9 ARegV beruht mit § 21a Abs. 4 Satz 7, Abs. 6 Satz 2 Nr. 5 EnWG n.F. auf einer hinreichenden gesetzlichen Ermächtigungsgrundlage. Die in der ARegV vorgegebene Höhe des generellen sektoralen Produktivitätsfaktors sowie die bereits in der ersten Regulierungsperiode praktizierte konkrete Berechnungsweise der Regulierungsbehörden ist rechtmäßig (s. BGH, Beschl. v. 31.01.2012, EnVR 16/10).

5.8 Erweiterungsfaktor

Für Verteilernetzbetreiber sieht § 10 Abs. 1 ARegV die Möglichkeit einer Anpassung der Erlösobergrenze vor, sofern eine nachhaltige Änderung der Versorgungsaufgabe während der Regulierungsperiode eintritt.

Sofern der Netzbetreiber einen Antrag auf Festlegung einer Anpassung der Erlösobergrenze aufgrund eines Erweiterungsfaktors gestellt hat, wird dieser in einem eigenständigen Verfahren beschieden.

5.9 Qualitätselement

Auf die Erlösobergrenzen können gemäß § 19 Abs. 1 ARegV Zu- oder Abschläge vorgenommen werden, wenn Netzbetreiber hinsichtlich der Netzzuverlässigkeit oder der Netzleistungsfähigkeit von Kennzahlenvorgaben abweichen (Qualitätselement).

§ 19 ARegV findet im vereinfachten Verfahren keine Anwendung (§ 24 Abs. 3 ARegV).

5.10 Volatiler Kostenanteil

Als volatile Kostenanteile gelten nach § 11 Abs. 5 ARegV Kosten für die Beschaffung von Treibenergie bei Fernleitungsnetzbetreibern. Andere Kostenanteile gelten dann als volatiler Kostenanteil, soweit die Regulierungsbehörde dies nach § 32 Abs. 1 Nr.

4a ARegV festgelegt hat. Die LRB hat mit Datum vom 17.07.2013 eine Festlegung zur Berücksichtigung von Verlustenergiekosten als volatiler Kostenanteil in der zweiten Regulierungsperiode nach § 29 Abs. 1 EnWG i.V.m. § 32 Abs. 1 Nr. 4a, § 11 Abs. 5 ARegV getroffen.

5.11 Regulierungskonto

Die Differenz zwischen den zulässigen Erlösen und den vom Netzbetreiber unter Berücksichtigung der tatsächlichen Mengenentwicklung erzielbaren Erlösen wird gemäß § 5 Abs. 1 S. 1 ARegV jährlich auf einem Regulierungskonto verbucht. Gleiches gilt gemäß § 5 Abs. 1 S. 2 ARegV für die Differenz zwischen den für das Kalenderjahr tatsächlich entstandenen Kosten für die Inanspruchnahme vorgelagerter Netzebenen und den vermiedenen Netzentgelten nach § 18 StromNEV sowie den in der Erlösobergrenze diesbezüglich enthaltenen Ansätzen. Darüber hinaus wird zusätzlich die Differenz zwischen den für das Kalenderjahr bei effizienter Leistungserbringung entstehenden Kosten des Messstellenbetriebs oder der Messung und den in der Erlösobergrenze diesbezüglich enthaltenen Ansätzen in das Regulierungskonto einbezogen, soweit diese Differenz durch Änderungen der Zahl der Anschlussnutzer, bei denen Messstellenbetrieb oder Messung durch den Netzbetreiber durchgeführt wird, oder Maßnahmen nach § 21b Abs. 3a und 3b EnWG sowie nach § 18b Stromnetzzugangsverordnung verursacht wird. Die Differenzen sind gemäß § 5 Abs. 2 S. 1 ARegV in Höhe des im jeweiligen Kalenderjahr durchschnittlich gebundenen Betrags zu verzinsen. Der durchschnittlich gebundene Betrag ergibt sich gemäß § 5 Abs. 2 S. 2 ARegV aus dem Mittelwert von Jahresanfangs- und Jahresendbestand. Die Verzinsung richtet sich gemäß § 5 Abs. 2 S. 3 ARegV nach dem auf die letzten zehn abgeschlossenen Kalenderjahre bezogenen Durchschnitt der von der Deutschen Bundesbank veröffentlichten Umlaufrendite festverzinslicher Wertpapiere inländischer Emittenten. Übersteigen die tatsächlich erzielten Erlöse die nach § 4 ARegV zulässigen Erlöse des letzten abgeschlossenen Kalenderjahres um mehr als 5 %, so sind gemäß § 5 Abs. 3 ARegV die Netzentgelte durch den Netzbetreiber nach Maßgabe des § 17 ARegV anzupassen. Die Regulierungskammer Rheinland-Pfalz ermittelt gemäß § 5 Abs. 4 S. 1 ARegV den Saldo des Regulierungskontos im letzten Jahr der ersten Regulierungsperiode. Der Ausgleich

des Regulierungskontos erfolgt gemäß § 5 Abs. 4 S. 2 ARegV durch gleichmäßig über die folgende Regulierungsperiode verteilte Zu- oder Abschläge. Eine Anpassung der Erlösobergrenze innerhalb der Regulierungsperiode auf Grund der Änderungen der jährlich verbuchten Differenzen nach § 5 Abs. 1 ARegV findet gemäß § 5 Abs. 4 S. 4 ARegV nicht statt.

Anlage C enthält den Stand Ihres Regulierungskontos für das Jahr 2012. Des Weiteren wurde der Gesamtsaldo des Regulierungskontos zum 31.12.2013 unter Berücksichtigung der Verzinsung bis zum Jahre 2013 einschließlich sowie der Korrekturterme der Jahre 2011 und 2012 mit

X.XXX €

ermittelt und der Berechnung der Zu- bzw. Abschläge (inkl. Verzinsung) auf die Erlösobergrenzen der zweiten Regulierungsperiode zu Grunde gelegt.

In dem Falle, dass ein Über- oder Unterschreiten der Erlösobergrenze 2009 zu einer Anpassung der Erlösobergrenze 2011 geführt hat, erfolgt die Berechnung der 5 %-Schwelle unter Berücksichtigung dieser Anpassung (siehe Punkt 7.4 Höhe der Netzentgeltanpassung Stichwort „Ping-Pong-Effekt“ in den Erläuterungen zur Bestimmung des Regulierungskontosaldos). In Zelle H42 in Tabellenblatt „A2.1 Regulierungskonto“ der Anlage C wurde der Korrekturterm für das Jahr 2009 aus der Verprobungsrechnung des Jahres 2011 entnommen. Dieser reduziert oder erhöht in einem Zwischenschritt den zuvor berechneten Saldo der Jahresdifferenz (Zelle H41). Der neu berechnete Saldo der Jahresdifferenz (Zelle H43) ist nun Basis für die weitergehende Berechnung. Hinsichtlich eines Über- oder Unterschreiten der Erlösobergrenze des Jahres 2010 wurde dieselbe Vorgehensweise bei der Prüfung der 5 %-Schwelle angewandt.

Hinsichtlich der Vorgehensweise bei der Ermittlung des Saldos des Regulierungskontos verweist die Regulierungskammer Rheinland-Pfalz auch auf die von der LRB am 29. September 2011 versandten "Erläuterungen zur Bestimmung des

Regulierungskontosaldos".

5.12 Zwischenergebnis (Erlösobergrenze nach Regulierungsformel)

Die sich aus der Regulierungsformel ergebenden kalenderjährlichen Erlösobergrenzen für die zweite Regulierungsperiode ergeben sich aus dem Tenor dieser Festlegung und aus Anlage A, Tabellenblatt: EO 2. Periode.

5.13 Sonstiges

Die Position 2.11 Sonstiges der Anlage A, Tabellenblatt: EO 2. Periode dient der Berücksichtigung der sich aus den Entscheidungen des Bundesgerichtshofs ergebenden notwendigen Korrekturen. Die Regulierungskammer Rheinland-Pfalz wird nach dem Beschluss des Bundesgerichtshofs die entsprechenden Berechnungen vornehmen.

III.

Die Regulierungskammer Rheinland-Pfalz hat den Netzbetreiber über die beabsichtigte Festlegung mit Schreiben vom XX.XX.XXXX informiert und Gelegenheit zur Stellungnahme eingeräumt.

Der Netzbetreiber hat von der Möglichkeit zur Stellungnahme keinen Gebrauch gemacht.

Die Regulierungskammer Rheinland-Pfalz kommt zu den im Rahmen der Stellungnahme vom Netzbetreiber vorgetragenen Argumenten zu folgender Beurteilung:

•

IV.

Hinsichtlich der Kosten nach § 91 EnWG ergeht ein gesonderter Bescheid.

V.

Die beigelegten Anlagen A, B, C und I sind Bestandteil dieser Festlegung.

Rechtsmittelbelehrung

Gegen diesen Bescheid ist die Beschwerde zulässig. Sie ist schriftlich binnen einer mit der Zustellung beginnenden Frist von einem Monat bei der Regulierungskammer Rheinland-Pfalz, Kaiser-Friedrich-Straße 1, 55116 Mainz, einzureichen. Zur Fristwahrung genügt auch, wenn die Beschwerde innerhalb dieser Frist bei dem Beschwerdegericht, dem Oberlandesgericht Koblenz, Stresemannstraße 1, 56068 Koblenz, eingeht.

Die Beschwerde ist zu begründen. Die Frist für die Beschwerdebegründung beträgt einen Monat; sie beginnt mit der Einlegung der Beschwerde und kann auf Antrag von dem oder der Vorsitzenden des Beschwerdegerichts verlängert werden. Die Beschwerdebegründung muss eine Erklärung enthalten, inwieweit die Entscheidung

angefochten und ihre Abänderung oder Aufhebung beantragt wird. Ferner muss sie Tatsachen und Beweismittel enthalten, auf die sich die Beschwerde stützt. Beschwerdeschrift und Beschwerdebegründung müssen durch einen Rechtsanwalt unterzeichnet sein.

Die Beschwerde hat keine aufschiebende Wirkung. Auf Antrag kann das Beschwerdegericht die aufschiebende Wirkung ganz oder teilweise wiederherstellen.

Andreas Krüger

- Vorsitzender -

- Beisitzer/Beisitzerin -

- Beisitzer/Beisitzerin -

Anlagen: Anlage A: Ermittlung der Erlösobergrenzen der 2.
Regulierungsperiode

Anlage B: Ermittlung des Ausgangsniveaus

Anlage C: Saldo des Regulierungskontos

Anlage I: Bestimmung des Ausgangsniveaus der kalenderjährlichen
Erlösobergrenzen nach § 6 Abs. 1 ARegV